

Bezugspreise für das
ehemalige Österreich-Ung.
ganzjährig K 10.—
halbjährig K 5.—

für Amerika:
ganzjährig D. 2.50

für das übrige Ausland
ganzjährig K 12.—

Gottscheer Zeitung

Anzeigen (Inserate)
werden nach Tarif be-
rechnet und von der Ver-
waltung des Blattes
übernommen.

Briefe ohne Unterschrift
werden nicht berücksichtigt,
Manuskripte nicht zurück-
gesendet.

Erscheint am 1., 10. und 20. eines jeden Monats.

Bestellungen übernimmt die Verwaltung der Gottscheer Zeitung in Gottschee Nr. 121.

Berichte sind zu senden an die Schriftleitung der Gottscheer Zeitung in Gottschee.

Postsparkassen-Konto
Nr. 842.285.

Nr. 9.

Gottschee, am 20. Oktober 1919.

Jahrgang I.

Zum Minderheitenschutz in der tschechoslowakischen Republik.

Lord Milner reist an der Spitze einer Sondermission nach Ägypten, um sich über die Wünsche und Bestrebungen der dortigen Bevölkerung zu unterrichten. In einem Interview, das in „Ball Mall Gazette“ veröffentlicht ist, bekannte er sich zur Theorie der Gewährung weitestgehender Autonomie mit folgenden klassischen Worten: „Es ist besser, selbst auf Kosten einiger Unzukömmlichkeiten den Menschen zu gestatten, ihre Geschäfte selbst zu führen, als zu versuchen, sie für sie zu führen“.

Man sollte glauben, daß, was sogar in Ägypten für gut und richtig erkannt wird, auch für Mitteleuropa Geltung haben sollte. Ist doch Mitteleuropa ungleich höher zivilisiert und kultiviert als das Pharaonenland. Und doch ist dies nicht der Fall. Die Deutschen in der Tschechoslowakei hatten für sich eine kräftige, weitgehende Autonomie erwartet, was sie aber nun wirklich durch den Minderheitenschutz erhalten, ist von der Autonomie himmelweit entfernt. Die Deutschen in den Sudetenländern haben also eine schwere Enttäuschung erlebt.

Wir haben die wichtigsten Bestimmungen des Minderheitenschutzes in der Tschechoslowakei, die begreiflicherweise auch für uns von großem Interesse sind, bereits in der vorigen Nummer unseres Blattes zur Kenntnis gebracht. Die Schutzbestimmungen sind ganz allgemein gefaßt, sie sind ein Rahmen, der erst ausgefüllt werden muß. „Die Tragik und Hoffnungslosigkeit aller der Schutznormen,“ schreibt das „Prager Tagblatt“, „liegt aber, wie immer man sich zu ihrem Inhalte stellt, in der Tatsache, daß es nur von dem guten Willen der Diktatoren des Völkerbundes, des sogenannten Rates, abhängen soll, ob den Minoritäten selbst die bescheidenen Rechte gewährt werden sollen, welche ihnen der Vertrag zusichert. Ein Recht jedoch, das nur von der Gnade und dem Ermessen abhängt, ist kein Recht, sondern ein Almosen, das man geben oder auch versagen kann.“

Zum Vertrage über den Minderheitenschutz bemerken die „Mar. Listy“: Es ist dies keine Autonomie, keine Kantone, keine Jurisdiktion über den Schulaufwand, kurz keine Rechte, von denen uns — angeblich aus Ententekreisen — die deutsche Presse erzählte. Worauf die Deutschen und Magnaren nach diesem Vertrage in unserem Staate Anspruch haben, ist wohl mehr, als sie selbst anderen geboten hatten, solange sie die Macht in Händen hielten, unterscheidet sich aber von dem, was die Deutschen schon heute in unserem Staate haben, in einem solchen Maße, daß wir wahrlich hören möchten, was sie dazu sagen würden, wenn wir uns heute direkt auf den Standpunkt dieses Vertrages stellten. Wir leugnen übrigens nicht, daß sie, wenn diese Frage nur eine politische und nicht auch eine Rechtsfrage wäre, für alles, was sie gegen uns in den Ländern der Entente unternommen hatten und unternehmen, es sicherlich

verdienten. Sehen sie denn nicht ein, daß sie, wenn sie dort gegen unsern Staat arbeiten, damit nicht nur gegen uns, sondern auch gegen sich selbst arbeiten?

„Bravo Vidu“ schreibt: Jetzt wurde der Rahmen für die Regelung der nationalen Verhältnisse in der Republik in dem nationalen Vertrag mit dem Biververband festgesetzt. Die extrem nationalistischen Deutschen wird dieser Vertrag freilich nicht befriedigen, doch sind wir überzeugt, daß es den national gemäßigten Schichten ihres Volkes eine hinreichende Basis für eine Einigung mit dem tschechischen Volke bieten wird. Es ist kein Diktat und auch die Republik will, wie sich die Deutschen aus den Rundgebungen und Handlungen der neuen Regierung überzeugen konnten, ihnen gegenüber nicht das Übergewicht der Macht bei Regelung des gegenseitigen Verhältnisses ausnützen. Heute ist es nur an ihrem guten Willen zur Einigung gelegen: In der Zukunft wird die deutsche Minderheit eine solche Stellung haben, wie sie sich heute durch ihre Handlungsweise bereiten wird.

„Bečer“ behauptet, die Tschechen üben den nationalen Minderheiten gegenüber mehr, als wozu die Entente sie verpflichtete. Der Völkerbund habe die Tschechoslowakei nur verpflichtet, gegenüber den nationalen Minderheiten das zu üben, was sich in einem geordneten Staat von selbst versteht: Gerechtigkeit. Im alten Österreich sei die Gerechtigkeit auf dem Papier gewesen — hier sei sie lebend. Die Tschechoslowakei sei ein Nationalstaat — kein Nationalitätenstaat, kein internationales Hotel. Es gebe tschechoslowakische Bürger deutscher und magyarischer Zunge — nichts mehr und nichts weniger!

„Mar. Dom.“ behauptet, daß die Friedenskonferenz den Hoffnungen und übertriebenen Ansprüchen der Deutschen nicht einmal soweit entgegenkomme, als die Tschechen ihnen anbieten. Dieser Vertrag biete und garantiere den Deutschen bloß die Rechte einer Minderheit und den Minoritätenschutz.

Der tschechoslowakische Minister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Beneš erklärte in seiner jüngsten Rede über die Außenpolitik der tschechoslowakischen Republik, daß in der Frage des Minoritätenschutzes die Entente Direktiven gegeben habe, die von der tschechoslowakischen Republik loyal erfüllt werden würden. „Die Frage der Deutschböhmen“, äußerte er sich weiter, „wurde auf der Konferenz zweimal behandelt. Erstens, als es sich um das gemischtsprachige Gebiet in Böhmen handelte, und als von Lansing gefragt wurde, welche Gebiete von Böhmen abgetrennt werden könnten. Was die nationale Frage anbelangt, so wurde die tschechische Delegation aufgefordert, ihre Vorschläge zu machen. Sie arbeitete ein Memorandum über die Behandlung sämtlicher Minoritäten in der tschechoslowakischen Republik aus. Die Grundsätze, die darin aufgestellt wurden, fanden ob des Liberalismus die allgemeine Zustimmung der Konferenz. Es wird nur notwendig sein, daß die Republik in diesem Sinne die nationalpolitischen Probleme weiter verfolge, damit sie das Vertrauen der Großmächte weiter

erhalte." Aus dieser Bemerkung des Ministers geht hervor, daß die deutschböhmisches Selbstständigkeitsbestrebungen vom Anfang an keine Aussicht auf Verwirklichung hatten.

Einer Mühe haben die Pariser Herren, schreibt das „Prager Tagblatt“, die tschechoslowakische Regierung enthoben. Sie haben ihr die Arbeit abgenommen, die seit der ersten Verfassungsurkunde des österreichischen Kaiserstaates vom 26. April 1848 und über den Kremsierer Verfassungsentwurf hinaus bis zum Artikel XIX des Staatsgrundgesetzes vom Dezember 1867 alle österreichischen Gesetzgeber zu leisten versucht haben, um das Nationalitätenproblem mit wenigen Worten zu lösen. Das Schwert und ein Machtspruch hat ohne Anhörung der Betroffenen, vielleicht auch der Tschechen selbst in ihrer offiziellen Stellung, ein nationales Grundgesetz für den tschechoslowakischen Staat geschaffen. Dieses Grundgesetz ist ein Rahmengesetz. Nicht eigentlich das Grundgesetz, sondern die auf Grund desselben gegebenen Ausführungsgesetze werden in der nationalen Lebensfrage von entscheidender Bedeutung sein. Der Artikel XIX des früheren österreichischen Staatsgrundgesetzes war gewissermaßen die Quadratur des Kreises. Das Grundgesetz über den Minderheitenschutz in der Tschechoslowakei stellt vorderhand sozusagen nur einen Schlauch dar. „Es wird der Wein entscheidend sein, den die Lenker des Staates in diesen Schlauch zu gießen haben werden. Das Ausführungsgesetz, zu dem sich die altösterreichische Impotenz niemals aufgeschwungen und mit dem es den Artikel XIX durch Fortwursteln zu einem inhaltslosen Wortgefüge gemacht hat, wird es auch hier sein, das über das Glück oder das Ende eines lebensfähigen Staatswesens entscheiden wird.“

Der Vertrag der Entente mit dem Königreiche der S H S über den Minoritätenschutz ist noch nicht abgeschlossen worden. Wir sehen dem Inhalt desselben mit größter Spannung entgegen.

Aus Stadt und Land.

Gottschee. (Vom Gerichtsdienste.) Herr Richter Gottfried Jaklitsch ist dem Bezirksgerichte in Rottenmann zur Dienstleistung zugewiesen worden.

— (Vom Mittelschuldienste.) Den Herren Professoren Edmund Kolbe und Ludwig Schmid wurden Lehrstellen am Staatsrealgymnasium im I. Bezirke in Wien verliehen. Herr Prof. Ernst Berner hat auf die ihm verliehene Lehrstelle in Wien verzichtet und eine Lehrstelle am Staatsgymnasium in Mähr.-Trübau angenommen.

— (Vom Volksschuldienste.) Dem Herrn Lehrer Rudolf Högler wurde die Schulleiterstelle in Strechen bei Rottenmann (Obersteiermark) verliehen.

— (Vom Klerus.) Herr Paul Klemenčič, Pfarrverweser in Böllandl, hat am 9. Oktober die Pfarr-Konkurrenzprüfung abgelegt.

— (Der Jahrgang 1895) wird wahrscheinlich mit Schluß des heurigen Jahres entlassen, die Jahrgänge 1896 und 1897 aber ein paar Monate später.

— (Ein kalter Spätherbst.) Schon im September hatten wir Schneefälle zu verzeichnen und der damalige Frost hat in jenen Gegenden, die nicht, wie das Tal von Gottschee, durch Nebel geschützt waren, am Mais und an den Fisoln viel Schaden angerichtet. Dann kamen wärmere Tage, die jedoch bald wieder von neuen Kältetagen abgelöst wurden. Wieder traten Schneefälle ein, die Höhenkämme waren kurze Zeit beschneit. Wir hatten Temperaturen wie sonst zu Ende November zu verzeichnen. Es war überall kalt, auch daheim, denn bei den enorm hohen Preisen von Holz und Kohle konnte doch nicht schon in der ersten Hälfte des Oktober mit dem Heizen begonnen werden. Am 14. Oktober trat sodann eine mehr schirokkale Witterung ein. Tags darauf schneite es aber stark.

— (Die Ruhr.) Mit Rücksicht auf die da und dort bei uns herrschende Ruhr machen wir darauf aufmerksam, daß sich der

Genuß roher Nahrungsmittel (Obst, Salat) nur nach Abwaschen in unverdächtigem Wasser empfiehlt und nur in mäßiger Weise. Überhaupt ist jeder Exzeß im Essen und Trinken zu vermeiden. Die Benützung fremder Aborte ist zu unterlassen. Sobald ein Hausgenosse an Durchfällen erkrankt, ist sofort der Arzt zu rufen; bevor jedoch die Diagnose noch sichergestellt ist, empfiehlt es sich, die Stühle durch Vermischen mit Kalkmilch zu desinfizieren. Auch das Kloset, in das die Ausleerungen ausgeschüttet werden, ist mit Kalkmilch auszuschütten. Ist eine Erkrankung an übertragbarer Ruhr bestätigt, dann ist für die Umgebung sorgfältige Reinlichkeit, namentlich der Hände, die nach jeder Berührung mit dem Kranken gewaschen werden müssen, unbedingt nötig. Die Krankenwäsche wird in 3% Karbollösung gelegt und vor dem Waschen mit Soda aufgekocht. Mit derselben Lösung werden nach Ablauf der Krankheit Fußboden, Holzmöbel usw. gewaschen, Stoffmöbel, Bettzeug in strömendem Wasserdampf desinfiziert. Bei der Behandlung ist die Regelung der Diät von größter Wichtigkeit. Flüssige Kost, Schleim- und Mehlsuppen, Kalao, später passierter Reis, Kartoffelbrei, Grieß. Dazu etwas Rotwein.

— (Eröffnung der Universität in Laibach.) Die Einschreibung für das Wintersemester 1919/20 beginnt an der philosophischen, medizinischen, technischen, theologischen Fakultät in Laibach am 15. November und dauert bis 1. Dezember.

— (Keine Viehmärkte in Tschernembl.) Wegen der herrschenden Maul- und Klauenseuche ist die Abhaltung von Vieh- und Schweinemärkten in Tschernembl bis auf weiteres untersagt.

— (Fahrpreise nach Amerika.) Infolge des Tiefstandes unserer Valuta kommt gegenwärtig eine Fahrt von Europa nach Amerika oder von Amerika nach Europa auf mindestens 10.000 K pro Person oder noch mehr. Zieht man ferner in Betracht, daß gegenwärtig die Arbeitslöhne in Europa ebenso hoch, wenn nicht höher sind als in Amerika, so fehlt wohl jeder Reiz, nach Amerika zu wandern, ganz abgesehen davon, daß es auch nicht leicht ist, die behördliche Bewilligung hierfür zu erhalten.

— (Beschlagnahme Mehlvorräte.) In einer Dampfmühle bei Gilli wurden dieser Tage bei einer behördlichen Durchsichtung 1600 Sack mit verstecktem, zurückgehaltenem Mehl aufgefunden, die zusammen 120.000 Kilogramm wogen. Die Behörde beschlagnahmte das ganze Mehl und verurteilte den Besitzer zu einer Geldstrafe von 20.000 Kronen.

— (Aufteilung des rollenden Materials unter die Nachfolgestaaten.) Der Oberste Rat hat am 8. Oktober eine Kommission ins Leben gerufen, der die Verteilung des rollenden Materials zwischen den Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie obliegt.

— (Die Völkerliga.) Oberst House hat einem Vertreter der „Chicago Tribune“ erklärt, daß die Vorbereitungsarbeiten zur Bildung des Völkerbundes beendet sind. Sobald der Versailler Frieden in Kraft tritt, wird Wilson den Völkerbund einberufen. Dieser wird einige besonders wichtige Fragen zu lösen haben, wie die des Saargebietes, Danzigs usw. Der Völkerbundesrat wird wahrscheinlich in Paris zusammentreten. Auch wenn der amerikanische Senat binnen 14 Tagen den Frieden ratifizieren sollte, so wäre es dennoch technisch unmöglich, den Völkerbundesrat, wie zuerst vorgesehen, nach Washington einzuberufen.

— (Der Dollarkurs.) Im Börsenberichte der „Agramer Zeitung“ vom 12. Oktober lesen wir: Der Dollar ist von 70, welchen Kurs er bereits erreicht hatte, im Privatverkehre auf 45 gefallen, so daß er nun bei uns bedeutend niedriger steht als auf den auswärtigen Börsen. Auch hier ist der Geldmangel ausschlaggebend gewesen. Wir haben eine Menge Dollars auf den Markt erhalten und bei dessen hohem Kurse und dem Mangel an Kronen konnte die Nachfrage allerdings nicht stark werden. Der Rückgang des Dollars ist auch auf den Umstand zurückzuführen, daß der Kaufwert des Dollars auch in Amerika bedeutend fällt, mehr als unsere Krone. Auch die großen Streiks in Amerika und England geboten größere Reserve. Dagegen wird für unsere Krone immer mehr In-

teresse gezeigt, namentlich herrscht in Wien große Nachfrage nach südslawischen Kronen.

— (Amerikanisches Gold für Jugoslawien.) In Triest ist ein amerikanischer Dampfer mit einer größeren Sendung von Goldstäben für Jugoslawien eingetroffen. Der Dampfer hat seine Reise nach Konstanza fortgesetzt.

— (Vernichtung der Wölfe, Wildschweine und Dachse.) Die Bezirkshauptmannschaft Gottschee hat mit Besch. Z. 16.438 vom 8. Oktober 1919 nachstehendes angeordnet: Erlegung einer Wölfin. Das Auerspergische Forstamt Gottschee hat auf Grund vorstehender Aufforderung der Bezirkshauptmannschaft bereits entsprechende Maßnahmen ergriffen und wurde am 10. Oktober vom Forsthüter Herrn Franz Lackner in Karlschlitten die erste Wölfin mit einem wohlgezielten Kugelschusse zur Strecke gebracht und beim Raubtierverilgungsausschusse in Gottschee zwecks Auszahlung der Prämie zur Besichtigung vorgewiesen. Dem glücklichen Schützen wurde der Betrag von 300 K als Prämie und außerdem vom Auerspergischen Forstamte die in diesen Revieren übliche Schutztagge per 100 K ausbezahlt. In letzter Zeit haben sich im politischen Bezirke Gottschee Wölfe und Wildschweine sehr stark vermehrt, aber auch Dachse sind noch immer anzutreffen. Da dieses Raubwild den Besitzern großen Schaden verursacht und die Wölfe auch den Jagdpächtern, hat die Bezirkshauptmannschaft mit der Kundmachung vom 22. September 1919, Z. 15.227 (sie wurde auch den Gemeinden des Gerichtsbezirkes Großplaszitz zugestellt), eine gemeinschaftliche Besprechung der Jäger und der Vertreter der Gemeinden einberufen. Das Ergebnis dieser Besprechung, durchgeführt in den Gerichtsbezirken Reifnitz und Gottschee, ist im wesentlichen das gleiche. Die Bezirkshauptmannschaft ordnet deshalb zum Schutze der landwirtschaftlichen Kulturen für die Zeit eines Jahres nachstehendes an: Für jeden Gerichtsbezirk wird ein eigener Ausschuss gegründet, der die Aufgabe hat, mit der größten Energie eine einheitliche Aktion zur Vernichtung der Wölfe, Wildschweine und Dachse einzuleiten, und verwaltet zu diesem Zwecke selbständig einen besonderen Fond. (Die Ausrottung der Bären und Füchse wird kommenden Jahr in Beratung gezogen.) Mitglieder dieses Ausschusses sind für den Gerichtsbezirk Gottschee: Obmann Anton Hauff d. J. in Gottschee; Obmannstellvertreter Robert Ganslmayer in Gottschee; Vertreter der Berechtigten im eigenen Jagdgebiete das Forstamt des Fürsten Karl Auersperg in Gottschee; Vertreter der Jagdpächter und Jagdasterpächter die Brüder Viktor und Richard Loser, beide in Gottschee; Vertreter der Gemeinden Gerent Franz Wardjan in Unterkrill. Den Vertreter des slowenischen Jagdvereines wird dieser selbst bestimmen. Für die Vernichtung nachstehender Raubtiere gelangen Prämien zur Auszahlung: für eine Wölfin 300 K, für einen Wolf 200 K, für ein Wildschwein 30 K, für einen Dachs 20 K. Die Gesuche um Auszahlung der Prämien sind unmittelbar an den Ausschuss zu richten, der den Fond verwaltet. Diesen Gesuchen sind beizulegen: 1.) Die Bestätigung des Jagdberechtigten, daß der betreffende das Raubtier berechtigterweise getötet hat; 2.) die Bestätigung des Gemeindeamtes, daß das betreffende Tier in der Gemeinde getötet, daß dasselbe von der betreffenden Person dem Bürgermeister gezeigt und daß die Zunge abgeschnitten und vernichtet wurde. Zur Gründung des Fonds für die Auszahlung der Prämien trägt jeder Jagdberechtigte des eigenen Jagdgebietes, jeder Jagdpächter und Jagdasterpächter für jede Gemeinde 50 K, so auch jede Gemeinde im Interesse ihrer Mitglieder 50 K bei, und zwar werden diese Beträge unmittelbar an den Obmann entrichtet. Wer die Einzahlung verweigert, ist vom Ausschusse hieramts anzuzeigen, damit die Bezirkshauptmannschaft den Beitrag eintreibt, bezw. andere notwendige Schritte unternimmt. Den Anordnungen des Ausschusses in betreff der Ausrottung des genannten Raubwildes hat sich jeder Jagdpächter, bezw. jeder Jagdasterpächter zu fügen. Im Falle eines ungeschlichteten Streites entscheidet die Bezirkshauptmannschaft, die eventuell den slowenischen Jagdverein einvernimmt. Die Bezirkshauptmannschaft wird sich wegen Zuwendung von Geldunterstützungen an die Landesregierung und zur Einführung einer ähn-

lichen Aktion an die Bezirkshauptmannschaften Tschernembl und Rudolfswert wenden. Von diesem werden alle Beteiligten verständigt. Diese Entscheidung tritt mit der Veröffentlichung in Wirksamkeit.

— (Die Reorganisation der deutschösterreichischen Armee.) „Morgen“ meldet den endgültigen Entwurf der Organisation des neuen deutschösterreichischen Heeres, welches aus sechs Brigaden mit je 2 Infanterieregimentern bestehen wird. Ferner werden 6 technische Abteilungen und eine entsprechende Zahl von Batterien geschaffen werden. Die Entente bestimmte, daß keine Brigade mehr als 4555 Mann zählen dürfe.

— (Die Kleinbauern gegen die Teuerung.) Nach einer Meldung des „Agramer Tagblattes“ haben die Kleingrundbesitzer am 5. Oktober in Cirkvena bei Krizevci (Kroatien) eine zahlreich besuchte Versammlung abgehalten und folgenden Beschluß gefaßt: Es möge eine Landesorganisation der Kleinbauern im ganzen Königreiche der SHS geschaffen werden, um die Interessen der Kleingrundbesitzer gegen die Ausbeuter zu beschützen. Im Wege der Presse und durch Agitation bei den Bauern selbst möge ihnen die heutige Lage wahrheitsgetreu dargestellt werden. Es muß nachgewiesen werden, wie der Kleingrundbesitzer ausgebeutet wird. So stellen sich die Preise des Viehes am Markt auf 5 K oder etwas mehr pro kg Lebendgewicht, während in Zagreb die Fleischhauer das Fleisch zu 16 K und auch noch weit darüber das Kilo verkaufen. Kartoffeln kosten auf dem Lande 1 K pro kg und werden in Zagreb zu 2 K verkauft. Die Mühlen mahlen beinahe auf die Hälfte, so daß der Bauer von 100 kg Korn bloß 50 kg Mehl und Kleie erhält. Dagegen sind die Fabriks- und Handwerksprodukte furchtbar teuer. Um dieses Mißverhältnis abzuschaffen, bedarf es einer starken Organisation aller Kleinbauern von ganz Jugoslawien und eines Zentralamtes dieser Organisation, welches die Lebensmittelvorräte kontrollieren und den Kauf und Verkauf zu Preisen, welche wir im Verhältnis zu den Preisen der Fabriks- und Gewerbeprodukte feststellen werden, leiten wird. Derart werden unsere Produkte nicht durch verschiedene Spekulanten, sondern direkt von den Produzenten an die Konsumenten verkauft werden. Das Ministerium für Volksernährung wird im Einvernehmen mit unserer Organisation die Viehausfuhr und Wareneinfuhr zweckmäßig regeln, damit es nicht wieder dazu komme, daß Speck und Fett aus Amerika importiert wird, während unsere Ware zugrunde geht. Bei der Abschließung von Handelsverträgen werden auch unsere Vertreter teilnehmen müssen. Sämtliche Kleingrundbesitzer unseres Staates werden aufgefordert, sich zu organisieren und Ausschüsse zu wählen, damit alles das durchgeführt werden kann. — Die Durchführung dieser Pläne ist allerdings keine so einfache Sache.

— (Das Passivum) für Reisende nach Deutschösterreich wird bis auf weiteres nur mehr erteilt, wenn der Passinhaber persönlich bei der Vertretung des deutschösterreichischen Staates in Laibach erscheint. Diese Bestimmung wird damit begründet, daß manche Besorger mit 50 bis 60 Pässen gekommen sind und infolgedessen andere Parteien stundenlang warten mußten. Da es aber klar ist, daß damit im ganzen eher eine weitere Verzögerung des Bidimierungsvorganges hervorgerufen wird und ganz besonders sehr bedeutende Mehrkosten und Zeitverschümnisse für außerhalb Laibachs wohnende Personen verbunden sind, so wäre es sehr erwünscht, daß der frühere Gebrauch wieder eingeführt würde, denn er stellt, wie die „Gillier Zeitung“ schreibt, noch immer das kleinere von zwei Übeln vor.

— (Die tschechoslowakische Regierungspresse gegen Kramar.) Das „České Slovo“ polemisiert gegen den Ausspruch des Dr. Kramar: Wir die Herren in Böhmen. Der Standpunkt eines tschechischen Mannes kann es nicht sein, die Bürgerschaft dieses Staates in Herren und Diener zu teilen. Der Standpunkt eines tschechischen Mannes muß die Gleichheit der Nationen ebenso wie die Gleichheit in der Nation, nach dem bekannten Grundsatz Kofac's sein. Dieser Standpunkt ist sicherlich ehrlich demokratisch und ehrlich tschechisch und republikanisch, denn wir werden aus unserer Republik nicht ein altes Österreich machen,

wozu Dr. Kramar mit seiner Methode von Herren und Nichtherren sicherlich gelangen würde, wenn es nach ihm ginge. Auch der „Benkov“ protestiert gegen die Politik des Dr. Kramar; er schreibt: Das wäre eine chauvinistische Politik des alten nationalen Imperialismus, unmodern, undemokratisch. „Herren sein“ wollten die Magnaren, „Herren sein“ wollten die Polen. „Herren sein“ wollten die Deutschen und Österreicher. Heute ist Österreich nicht mehr, darum können wir nicht nationale Politik so machen wie unter Österreich, wo wir gerade auf den aristokratischen und oligarchischen nationalen Chauvinismus reagiert haben. Heute wird unsere nationale Politik hauptsächlich staatlich und konstruktiv sein.

— (In Amerika hohe Löhne, hohe Preise.) Der Krieg hat, wie ein Brief aus Amerika mitteilt, der Industrie in Amerika Vollbeschäftigung wie überall gebracht. Die Preise sind im Durchschnitt verdoppelt, manche Waren sind im Preise vervielfacht. Die Löhne sind etwa verdoppelt. Die Kaufkraft des Dollars ist auf die Hälfte gesunken. Nach der Waffenstillstandserklärung trat Stagnation ein und schwächere Kaufkraft. Nach dem Eintritt des Friedens mit Deutschland gingen die Preise hinauf, die Löhne stiegen ebenso infolge ausgedehnter Streikbewegung. Die Vereinigten Staaten hatten die größte Weizenernte in ihrer Geschichte. Die Regierungs-Preisgarantie für Weizen (im Durchschnitt S. 2,25 per Bushel) hatte eine ausnahmsweise große Anbaufläche zur Folge. Der Krieg hat auch in Amerika nicht durchwegs Reichtum, sondern ebenso wie bei uns Mangel und Teuerung verursacht. Seit zwei Jahren ist auf Betreiben der Prohibitionisten wegen Nahrungsmittelsparnis die Spiritus-, Whisky- und Rumfabrikation aus allen Nahrungs- und Futtermitteln verboten (Alkoholverbot). Alle solche Fabriken bis auf ein halbes Duzend, die für den Export und die Denaturierung arbeiten, sind gesperrt, teilweise abgerissen; die Vereinigten Staaten können ohne Schwierigkeit Europa mit Spiritus versorgen. Der Export ist in vollem Gange, jedoch unbedeutend. In der Brauerei ist die Brennereifabrikation eingestellt, das Bier mußte auf $2\frac{3}{4}$ Prozent Alkohol erniedrigt werden. Vom 1. Dezember 1918 an ist das Brauen eingestellt bis auf Prohibitionsgetränke (weniger als $\frac{1}{2}$ Prozent Alkohol). In manchen Staaten darf $2\frac{3}{4}$ ige Bier verkauft werden. Am 1. Jänner 1920 sind alle Wirtschaften (saloons) als solche außer Geschäft. Manche verkaufen Prohibitionsgetränke; die Erzeugung bierähnlicher Prohibitionsgetränke erfuhren einen großen Aufschwung (entalkoholisiert oder aus sehr niedrig vergärenden Würzen). Durch das Prohibitionsgesetz sind hunderttausende von Existenzen — darunter auch unserer engeren Landsleute aus Gottschee — in Frage gestellt worden.

— (Das jugoslawische Staatsbudget für 1919/20.) Nach dem „Jugoslawischen Lloyd“ weist das Budget für 1919/20 an Gesamtausgaben 4.939,710.085 K 56 h, also aufgerundet fünf Milliarden Kronen auf, die sich auf die Oberste Staatsverwaltung, die 18 Ministerien und die Reservekredite verteilen. Die Bedeckung dieser ungeheuren Ausgaben ist so gut wie unmöglich. Sie wird versucht durch Erhöhung des Minimalzolltarifes um 50 bis 100% und des Maximalzolltarifes um 100 bis 200% sowie durch eine Erhöhung der Ausfuhrzölle um 5 bis 50%. Diese Ausfuhrzölle werden für die Versorgung des Landes günstig wirken, da sie die Ausfuhr von Lebensmitteln behindern. Die Einfuhrzölle sind jedoch viel zu hoch. Die Monopole auf Salz, Tabak, Petroleum, Zigarettenpapier und Zünder sollen auf den ganzen Staat erstreckt werden. Der Budgetentwurf sieht eine Vereinheitlichung der Konsumsteuer für den ganzen Staat vor und enthält folgende exorbitant hohe Sätze: Für 100 kg Zucker 90 K, Kaffee 300 K, Zichorie- und Kornkaffee 90 K, Reis 60 K, für 100 Liter Öl 60 K, feine Weine 600 K, Liköre und Cognak 1200 K, Rum 900 K, für 100 kg Kerzen 60 K, für jede Glühbirne bis 32 Kerzen 45 Heller pro Kerze, für Bogenlampen 24 K, für Gas pro Kubikmeter 30 h, für Schnaps pro Hektolitergrad 15 K. Obstschnäpfe, die für den eigenen Gebrauch in eigener Erzeugung hergestellt werden, sind steuerfrei. Alle diese Steuerquellen sollen nach dem Voranschlag

zusammen 2.443,994.731 K hereinbringen. Der Zoll soll 420 Millionen Kronen, die Konsumsteuer 20 Millionen Kronen, Gewinn bei Valuten 75 Millionen Kronen, Steuer 1.158,276.034 K staatlicher Erwerb 67,212.868 K betragen. Alle Ziffern sind ungefähre Schätzungen. Fest steht nur das ungeheure Defizit von 867,858.437 Dinar oder 2.630,575.317 K, das im Kriege nicht zu vermeiden war, wie auch die Finanzen der anderen kriegsführenden Staaten zeigen. Es ist übrigens möglich, daß der Abgang sich etwas ermäßigt, da die Ausgaben für das Heer maximal (727.630,752 K) genommen sind und auch andere Umstände nach dem Friedensschlusse günstig einwirken können. Die Deckung dieses Defizits soll zum Teile durch die Kriegsgewinnsteuer erfolgen, die 450 Millionen Kronen eintragen soll, ferner durch neue Ausfuhrzölle, Erhöhung der Konsumsteuer, Erweiterung der Monopole und Einführung der Junggesellensteuer. Trotzdem wird eine größere Auslandsanleihe notwendig sein, um das Defizit voll zu decken.

— (Die Entwirrungsaktion in Belgrad.) Trotz mehrmonatiger Dauer ist die Regierungskrise heute — wir schreiben diese Zeilen am 17. Oktober — noch immer nicht gelöst. Minister Kristan äußerte sich in einer Rede, die er in einer Versammlung der südslawischen sozialdemokratischen Partei hielt, daß bisher das Parteilertum immer die Staatsinteressen überwogen habe. Die nötigen Männer, die den Bedürfnissen des Verkehrs und der Volksernährung wirklich nachgekommen waren, fehlen. Aus der jetzigen Krise sei kein Ausweg zu finden wegen der Haltung der Opposition, die ihr Partisanentum den Staatsanforderungen nicht opfern wolle. Bezüglich des Friedens mit Deutschösterreich konnte die Regierung keine Verantwortung für dessen Unterfertigung übernehmen, weil damit die Souveränität des Staates verletzt worden wäre. Deshalb hat die Regierung die Demission überreicht und es ist zur Krise gekommen, die noch immer andauert. Niemandem sei bekannt, wie sich die Krise weiter entwickeln werde. Diese Krise müsse entweder mit dem Parlamente oder ohne dasselbe überwunden werden. Das Parlament müsse je eher zusammentreten. — Nun heißt es, daß das Kabinett Davidović reaktiviert werden werde, also die demokratisch-sozialistische Regierung.

— (Ausfuhrzölle und Freihandel.) In einigen Tagen soll die Regelung der Ausfuhr ins Ausland gelöst werden. Es wird ein Plan ausgearbeitet, nach welchem die Ausfuhr mit einem Zoll belastet sein wird. Die maßgebenden Kreise glauben, daß das Einkommen von diesem Zoll 300 Millionen Dinars betragen wird. Gleichzeitig soll der Freihandel eingeführt und sollen die Ausfuhrzertifikate aufgehoben werden.

— (Wegen des Seherstreiks) sind in den lezvergangenen Tagen die Laibacher Blätter und die „Marburger Zeitung“ ausgeblieben.

— (Aus Mähr.-Trübau) schreibt Herr Professor Berner: In Wien konnte ich nicht einmal eine Wohnung aufstreiben. Hier habe ich sofort eine bekommen, fast so groß wie meine in Gottschee, mit elektrischem Licht, auf dem Stadtplatze, für 30 K monatlich. Kartoffeln kosten hier jetzt 44 h das kg, Brotmehl 1 K, 1 kg Zucker 3 K, 1 kg Kohlrut 55 h, 1 Liter Milch, in die Stadt gestellt, 1 K, 1 kg Topfen 6 K, 1 kg Birnen (auf dem Dorfe) 80 h bis 1 K 20 h. Fleisch ist fast nicht zu haben und wie Mehl, Brot und Zucker nur auf Karten. Mais und Maisprodukte sind nicht erhältlich. Ich hätte auch nichts, womit zu kochen, da ich keine Kohle aufstreiben kann, wenn ich mir nicht welche aus Gottschee mitgebracht hätte.

— (Falsch gestempelte Banknoten.) Die Polizei in Laibach hat in einer Bank eine halbe Million falsch gestempelter Kronen aufgefunden.

— (Ein deutsches Gymnasium in Hajfeld.) Die Deutschen (Schwaben) aus Hajfeld (Zombolja) im Banat ersuchten die Regierung im Wege einer Abordnung, das Weiterbestehen des dortigen deutschen Gymnasiums zu gestatten. Wie die „Pravda“ mitteilt, wird diesem Wunsche entsprochen werden. — Die Stadtgemeinde Gottschee hat schon vor einer Reihe von Monaten bei

der damaligen Narodna vlada in Laibach um die Bewilligung des Weiterbestandes der hiesigen deutschen Mittelschule als Untergymnasium mit deutscher Unterrichtssprache angefordert. Eine Erledigung dieses Ansuchens ist bisher nicht erfolgt. Wie wir hören, wird man sich seitens der Stadtgemeinde bemühen, zu erreichen, daß am hiesigen slowenischen Realgymnasium deutsche Parallelklassen errichtet werden.

— (Die Verteilung der Ärzte auf die Städte und auf das Land.) Der Ministerrat in Belgrad hat beschlossen: Damit es nicht geschehe, daß größere Städte mehr Ärzte haben, als sie brauchen, während in ganzen Bezirken jede ärztliche Hilfe mangelt, kann das Recht zur Ausübung der ärztlichen Praxis nicht weiter erteilt werden, sobald für je tausend Seelen ein Arzt vorhanden ist, wobei zu den praktischen Ärzten auch jene gerechnet werden, die sich infolge ihres Staats- oder Gemeinbedienstes in der betreffenden Stadt befinden und ihre Privatpraxis nicht aufgegeben haben. Dies gilt bis zur gesetzlichen Regelung des gesamten Sanitätswesens.

Mitterdorf. (Trauung.) Am 5. Oktober wurde der Knappe Alois Kren aus Rain 3 mit Maria Stimež aus Lienzfeld getraut.

— (Gestorben) ist am 1. Oktober der Besitzer Georg Fij in Koflern 10 im Alter von 76 Jahren und die 67 jährige Häuslerswitwe Josefa Bartelme in Oberloshin 27.

— (Zuwiel verlangt.) Offen sei es zugestanden, daß von den in Gottschee lebenden Slowenen jene, so sich zu den Sozialdemokraten zählen, noch am meisten national verträglich sich bisher erwiesen haben. Hiesfür wissen wir ihnen Dank. Im übrigen trennt uns aber von den Sozialdemokraten eine weite Kluft und es ist zuviel verlangt, wenn jetzt in Werbezetteln das Ansinnen gestellt wird, die Gottscheer sollen einfach alle Sozialdemokraten werden und auf deren Programm schwören. Das tun wir nicht. In einigen Dingen mit ihnen zur Besserung sozialer Not zusammenarbeiten, das wollen wir. In der Hauptsache aber gehen unsere Wege auseinander. Die Sozialdemokraten wollen ohne Rücksicht auf die Grundsätze des Christentums die Welt glücklich machen und sind im Leben zumeist erklärte Gegner des geoffenbarten Glaubens. Das ist bei ihnen Hauptsache und gerade deswegen kann und darf ein überzeugter Christ nie Sozialdemokrat werden.

Grafensfeld. (Schilderstürmer.) Sonntag, den 15. Oktober, kurz vor Mitternacht, wurden die Insassen von Lienzfeld durch Poltern, Schlagen und Fluchworte aus dem Schlafe geweckt. Es war ein Sturm auf die deutschen Aufschriften und Aushängetafeln. Eine Noheit, wie sie das Gottscheerland bis heute noch nicht erlebt hat. Der ärgste Wüterich war der aus Traunitz eingewanderte Reuschlersohn Johann Benčina, sein Mitthelfer der junge Korbflechter Josef Černkovič und dessen Schwester Magdalena Černkovič. Die Musik zu diesem Kleeblatte besorgte der Schneidergeselle Andreas Benčina. Ganz vernichtet und zerschlagen wurden die Firmentafeln des Kaufmannes Josef Stonitsch, des Schmiedes Paul Jurmann, des Tischlermeisters Josef Marn und die Tafel am Gerätschaftshause der Feuerwehr. Nicht verschont blieben die Aufschrift am Hause des Schmiedes Georg Fabian und die an der Volksschule, wo vom Schulgartenzaune Latten zur Ausübung der rohen Tat weggerissen wurden. Der angerichtete Schaden beträgt mehrere hundert Kronen. Gegen die nette Gesellschaft wurde von mehreren Seiten die Strafanzeige erstattet.

Krieg. (Einen Bären) hat in dem Tiefenbacher Jagdreviere der dortige Jagdausscher Josef Furtowitsch aus Pröbse erlegt. Der Bär wog bei 100 Kilogramm.

Mösel. (Von der Schule. — Krankheit. — Frost und Ernte.) Herr Oberlehrer Matthias Krauland wurde mit Ende Juli pensioniert und übersiedelte Mitte September nach Schwarzenbach. Frl. Lehrerin Maria Palouž wurde zur provisorischen Schulleiterin ernannt. Frl. Lehrerin Emma Krauland in Verdreng wurde der Schule in Mösel zugeteilt. Nach Verdreng wurde Herr Lehrer Franz Schescharl von Ebental überetzt und

an seine Stelle die Lehrerin Frl. Gusti Bernik dekretiert. — In Verdreng herrschte in letzterer Zeit die Ruhrkrankheit und auch der Typhus. Sterbefälle sind bis jetzt drei vorgekommen. — Der letzte Frost hat auch den Äckern in Otterbach und Durnbach großen Schaden gemacht. Die Kartoffelernte ist sehr schwach und werden manche Besitzer kaum Samentartoffeln für das Frühjahr haben. Der Kukuruz hat gut gezeitigt und ist fast der einzige Trost der armen Bevölkerung. Im allgemeinen ist die heurige Ernte schlecht zu nennen und sind die meisten Bauern auf das Kaufen der Lebensmittel angewiesen.

Karlshütten. (Eine Wölfin erlegt. — Trauung. — Schneefall.) Der hiesige Forsthüter Herr Franz Lachner erlegte am 10. Oktober im Revier Karlshütten eine Wölfin mit 19 Kilogramm. Er schoß das Raubtier aus einem Rudel von fünf Stück heraus. Die Prämie hiesfür beträgt 300 K. Einige Stunden früher hatte Herr Lachner einen 18 Kilogramm schweren Rehbock zur Strecke gebracht. Also ein doppeltes Weidmannsheil! Wie man sieht, vermehren sich die Wölfe immer mehr. Man muß ihnen also mit allen möglichen Mitteln scharf zu Leibe rücken, sonst dezimieren sie unseren Rehstand. — Am 8. Oktober wurde in der Waldkapelle in Mathildensruhe (Jelenov Žleb) Fräulein Wizzi Urbančič, Tochter des dortigen Forsthüters, mit Herrn Josef Fellegger, A. Kudesch'schen Jäger, getraut. Die Trauung vollzog der Herr Dechant von Reifnitz. Trauzeugen waren für die Braut Herr Herrschaftsbesitzer Kudesch, für den Bräutigam Herr Revierleiter Lichy. — Hier hatten wir bereits Schnee, der, beiläufig 6 cm hoch, zwei Tage liegen blieb. Gegenwärtig ist alles verschneit.

10 Ferkel

hat gegen mäßigen Preis abzugeben Franz Samide in Obren 8. 1—2

Offert-Ausschreibung.

Infolge erfolgter Änderung der Betriebsanlage gelangen zum Verkauf:

Ein Dampfkessel

50 m² Heizfläche, mit Treppenrost, auch zur Feuerung von Holzabfällen und Sägespänen geeignet, 8 Atmosphären, mit Druckröhrenvorbärmer und Speisepumpe.

1 stehender Hochdruckauspuff-Schnellläufer

300 mm Durchm. Zylinderbohrung, 300 mm Hub, 200 Touren per Minute, 30—40 PS, mit Kohlenschiebersteuerung und präzisiertem Achsenregulator, Schwungrad 1800 mm Durchm., 200 mm breit, fliegend.

1 Dampfmaschine

liegend, 20—30 PS, mit Flachschiebersteuerung, Füllung mit Handregulierung, ungefähr 120 Touren, Schwungrad 2400 mm Durchm., 300 mm breit, zugleich als Riemenscheibe.

Diese Maschinen stammen von der Maschinenfabrik Brand und Thullier in Brünn, waren größtenteils in Reserve und befinden sich in tadellosem Zustande.

Die Abgabe erfolgt Ioko Wasser- und Elektrizitätswerk in Gottschee, woselbst sie jederzeit besichtigt werden können. Nähere Auskünfte erteilt das vorgenannte Werk.

Schriftliche Offerte, entweder für einzelne Maschinen oder für alle zusammen lautend, wollen bis 15. November d. J. an das Stadtamt in Gottschee, das sich die freie Wahl unter den Offerenten vorbehält, gerichtet werden.

Stadtamt Gottschee

am 10. Oktober 1919.

Bei einmaliger Einschaltung kostet die viergespaltene Kleindruckzelle oder even Raum 10 Heller, bei mehrmaliger Einschaltung 8 Heller. Bei Einschaltungen durch ein halbes Jahr wird eine zehnprozentige, bei solchen durch das ganze Jahr eine zwanzigprozentige Ermäßigung gewährt.

Anzeigen.

Die Anzeigengebühr ist bei einmaliger Einschaltung gleich bei Bestellung, bei mehrmaliger vor der zweiten Einschaltung zu erlegen. — Es wird höflichst ersucht, bei Bestellungen von den in unserem Blatte angezeigten Firmen sich stet. auf den „Gottscheer Zeitung“ zu beziehen.

Verein der Deutschen a. Gottschee

in Wien.

Sitz: 1., Himmelfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag im Vereinsheim Paul Deierls Gastwirtschaft, 1., Babenbergerstraße Nr. 5a.

☉ 79/19

7

Versteigerungs-Edikt.

Am 25. November 1919 um 9 Uhr vormittags findet beim unterzeichneten Bezirksgerichte, Zimmer Nr. 2, die Versteigerung der Liegenschaft, und zwar ein Drittel der G. Z. 536 K. G. Gottschee statt.

Die Liegenschaft, die im Versteigerungswege verkauft werden soll, ist mit 366 K bewertet.

Das kleinste Anbot beträgt 266 K; unter diesem Betrag findet ein Verkauf nicht statt.

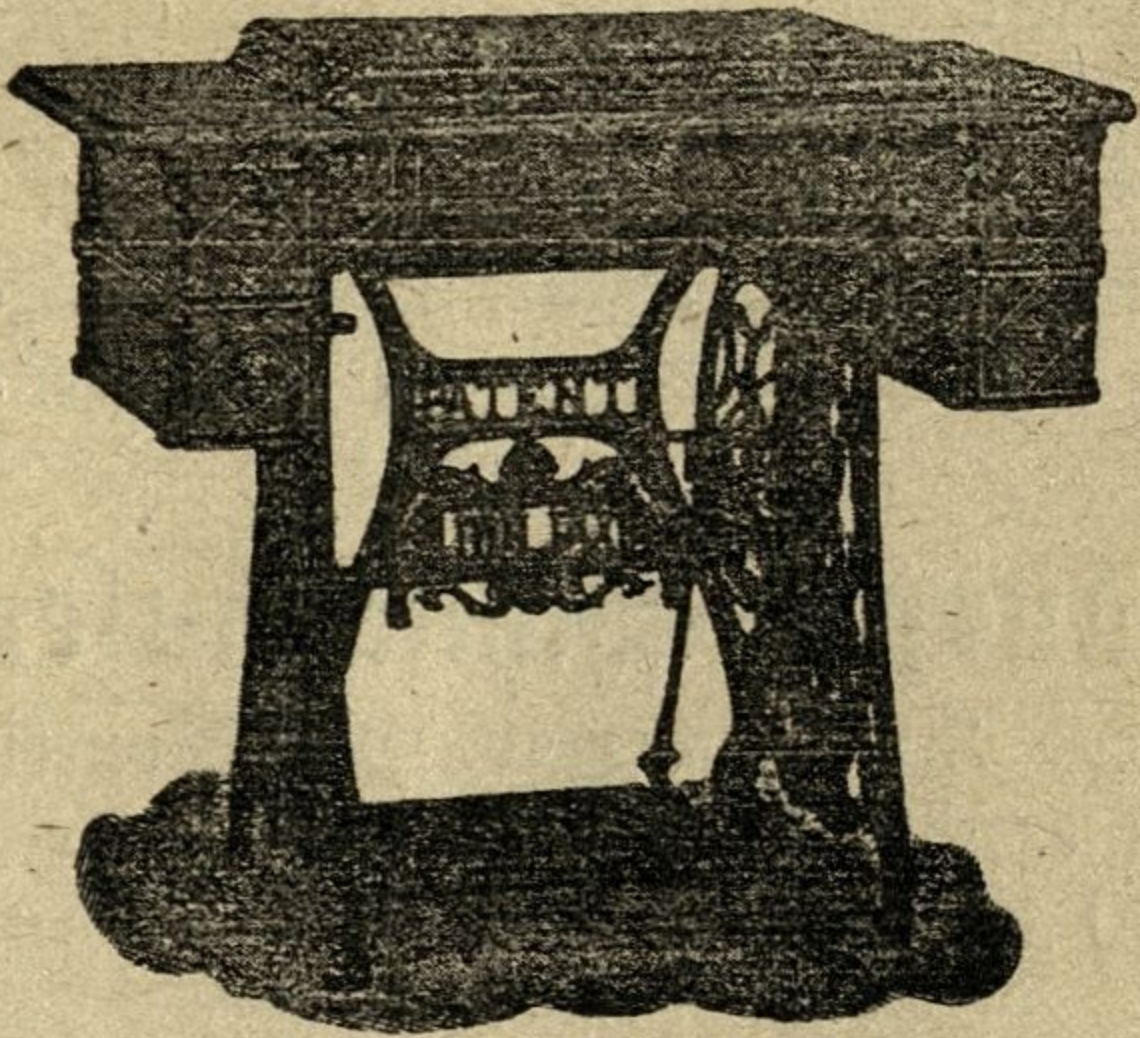
Im übrigen wird auf das Versteigerungs-Edikt hingewiesen, das an der Amtstafel angeschlagen ist.

Bezirksgericht Gottschee, Abt. 2, am 4. Oktober 1919.

Reichhaltiges Lager der besten und billigsten

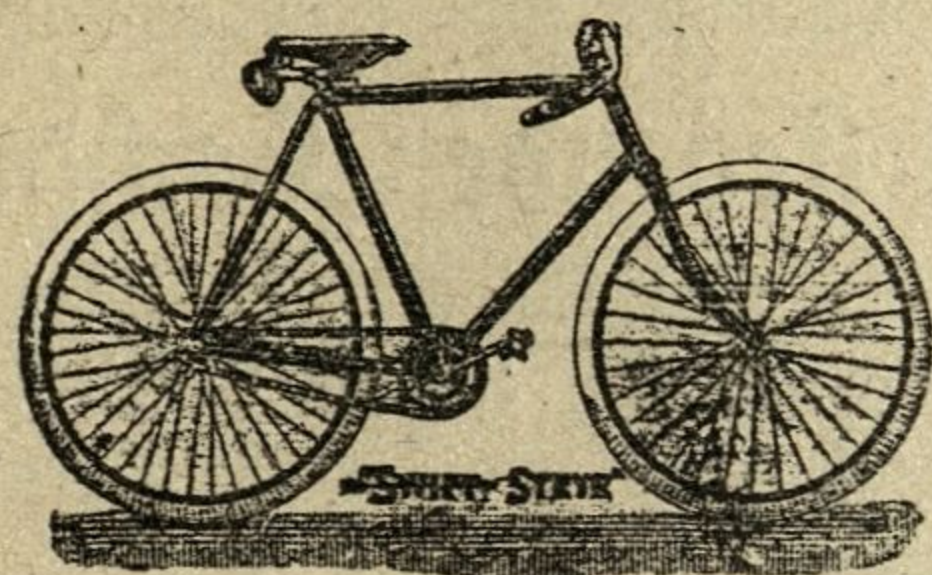
Fahrräder und Nähmaschinen

für Familie und Gewerbe.



Schreibmaschinen.

Langjährige Garantie.



Johann Jax & Sohn • Laibach

Wienerstrasse Nr. 15.

Sieben Ferkel und ein Ziegenbock
sind zu verkaufen. Die Ferkel sind sieben Wochen, der Ziegenbock zwei Jahre alt. Anfragen: Wasserwerk Gottschee.

Zwei Pferde

gute Läufer, zugsicher, sind zu verkaufen in Obermösel 20.

Mehrere gut erhaltene weingrüne

Startin-Fässer

die bisher in Gebrauch waren, verkauft Anton Hauff d. A. in Gottschee.

Schwarzer Damen-Wintermantel

zu verkaufen. Auskunft erteilt aus Gefälligkeit Herr Josef Pavlicek, Gottschee.

Ein Herren-Fahrrad

gut erhalten, ist zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt Josef Krafer der Jüngere in Gottschee.

Ferkel

zehn Wochen alt, hat billig zu verkaufen Rudolf Zanke in Grafenfeld.

Sparkasse der Stadt Gottschee.

Ausweis f. d. Monat Septemb. 1919.

Einlagen: Stand Ende August 1919	K 10,922.833·81
Eingelegt von 172 Parteien	„ 384.340·84
Behoben von 264 Parteien	„ 300.746·63
Kapital. Zinsen im 1. Sem.	„ 179.227·99
Stand Ende September 1919	„ 11,006.428·02
Allgem. Reservefond Stand Ende 1918	„ 699.456·99
Hypothekar-Darlehen: zugezählt	„ —
rückgezählt	„ 93.576·14
Stand Ende August 1919	„ 2,821.747·04

Wechsel-Darlehen:

Stand Ende September 1919 „ 145.040—

Zinsfuß:

für Einlagen 3 1/2 % ohne Abzug der Rentensteuer,
für Hypotheken im Bezirke Gottschee 5 %,
für Hypotheken in anderen Bezirken 4 1/2 %,
für Wechsel 6 %.

Gottschee, am 30. September 1919.

Die Direktion.

Sparkasse der Stadt Gottschee

Das Amtstlokal der Sparkasse der Stadt Gottschee befindet sich im Schloßgebäude am Auerspergplatz.

Amtstage jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und an allen Jahrmarttagen von 9 bis 11 Uhr vormittags.

Einlagenstand Ende Dezember 1918:
K 11,272.732·27.

Zinsfuß für Einlagen (ohne Abzug der Rentensteuer) 3 1/2 %.

Zinsfuß für Hypotheken im Bezirke Gottschee 5, in anderen 4 1/2 %.